

Pragmatiker stehen in der Linkspartei an der Wand

Pragmatiker geben den Kampf in der Linkspartei gegen die radikalen Kräfte verloren. Ein bizarres Bündnis von Gewerkschaftsfunktionären aus der ehemaligen Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG), linksradikalen westdeutschen Sekten und der orthodoxen Kommunistischen Plattform um Sahra Wagenknecht habe das „pragmatische Ost-Zentrum“ der Partei in die Minderheit gedrängt, so der ehemalige Haushaltspolitiker der Linkspartei in Berlin, Carl Wechselberg (dpa, 16.5.09).

Linksradikale Programme und Sektierer als Kandidaten

Sowohl beim Europawahlprogramm als auch beim Wahlprogramm für die Bundestagswahlen setzten sich die radikalen Kräfte durch. Damit scheiterte auch der Versuch der Reformer in der Linkspartei, sich einen gemäßigeren Kurs zu geben. Lothar Bisky hatte im Vorfeld angekündigt, die Partei wolle die Pose des „*schadenfrohen Besserwissers*“ aufgeben und „vernünftige Alternativen“ anbieten. Bundesgeschäftsführer und Verantwortlicher für das Wahlprogramm Dietmar Bartsch sagte, man folge nun einem „*konsequenten Realismus*“ (Spiegel-Online, 21.03.09). Der Verabschiedung der radikalen Wahlprogramme waren klare Niederlagen für die Reformer in der Linkspartei.

Bei den Kandidaten besteht die ähnliche Situation: Im Landesverband NRW stehen beispielsweise auf der Liste zur Bundestagswahl auf den ersten 10 Plätzen allein 6 Kandidaten der linksradikalen „Antikapitalistischen Linken“. Die Spitzenkandidatin Ulla Lötzer forderte in einer Rede „*die Überwindung des Kapitalismus durch die Vergesellschaftung von Banken, Energiekonzernen und anderen Schlüsselindustrien*“. Auf Platz 2 (Ulla Jelpke) und 5 (Sahra Wagenknecht) folgen weitere Linksradikale. Auf Platz 6 kandidiert das Landesvorstandsmitglied der Linkspartei NRW, Andrej Hunko: Er hatte angesichts der Wirtschaftskrise soziale Unruhen befürwortet. In Duisburg sollte ein Mitglied der Linkspartei als Oberbürgermeisterkandidat aufgestellt, der israelische Waren boykottieren wollte. Die NRW-Landessprecherin Schwabedissen spekulierte in einem Papier unlängst offen auf eine Verschärfung der Krise. Damit wollte sie Ängste zu schüren, die Wahlchancen der Linkspartei zu verbessern und das System überwinden.

Austritte und verheerende Kritik an der Linkspartei

Der Realpolitiker Wechselberg zog die Konsequenz, trat von seinen Ämtern zurück und aus der Linkspartei aus. Er sagte: „*Sollte sich nun herausstellen, dass das realpolitische Lager innerhalb der Linken keine Zukunft hat, werde ich einen Wechsel zur Sozialdemokratie ernsthaft prüfen*“, Berliner Zeitung, 13.05.09.

Die profilierte Europapolitikerin und frühere Vizevorsitzende der PDS, Sylvia-Yvonne Kaufmann ist aus der Linkspartei aus- und in die SPD eingetreten: Auch sie kritisierte die Linkspartei als politikunfähige Kraft, nicht zuletzt wegen der Totalverweigerungshaltung gegenüber dem europäischen Verfassungsvertrag.

Während der ehemalige PDS-Vordenker André Brie nun auch über einen Austritt nachdenkt, folgten andere Linkspartei-Politiker dem Schritt Wechselbergs und Kaufmanns. In Berlin trat der frühere Pankower Baustadtrat Andreas Bossmann aus und kündigte an, künftig bei der SPD mitzuarbeiten. Er kehre der Linkspartei aus Frust über die „*sektiererische Politik*“ von Parteichef Oskar Lafontaine, die verfehlte Europapolitik und über unseri-

öse Wahlversprechen den Rücken (Berliner Zeitung, 22.5.09). In Sachsen verließ der sächsische Landtagsabgeordnete Ronald Weckesser die Linkspartei.

Zitate

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

„Ich war als Mitbegründerin der PDS bemüht, der Partei ein klares pro-europäisches Profil zu verleihen. (...) Nunmehr stelle ich fest, dass ich damit völlig gescheitert bin.“ Als „überzeugte Europäerin“ wolle sie „nicht länger für die europapolitische Geisterfahrt“. Kaufmann warf ihrer Partei vor, „unbestreitbare Fortschritte“ des Vertrages von Lissabon zu leugnen und dessen Inhalte zu verfälschen. Auf dem Parteitag in Essen habe „pure Ideologie über Vernunft gesiegt“. Die Herausforderungen der Globalisierung könne man jedoch nicht „mit Verbalradikalismus und Fundamentalopposition“ bekämpfen (AP, 14.5.09).

„Die Linke hat nicht begriffen (...), dass das geeinte Europa in Gestalt der Europäischen Union nie zustande gekommen wäre, wenn andere politische Kräfte über Jahrzehnte hinweg ihre eigenen Vorstellungen zum alleinigen Maß aller Dinge erhoben hätten“ (Tagesschau, 17.05.09).

Carl Wechselberg, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses:

„Ich sehe diese Partei in einer fundamental-oppositionellen Ecke. Ich betrachte sie als Protestpartei und das ist auch für einen Linken, der ich immer war und immer bin, insofern sehr schwierig, als dass ich auch Wert darauf lege, dass konkrete Konzepte im Angebot sind.“ Der Haushaltspolitiker ist entsetzt, dass das Programm der Linken 300 Milliarden Euro kosten soll. Gerade nach der jüngsten Steuerschätzung sei das utopisch. „Das sind natürlich insofern auch Blümenträume, als es keine Konstellation geben wird, weder mit SPD noch mit den Grünen zusammen, die eine politische oder gesellschaftliche Mehrheit für so ein Programm und dessen Umsetzung hinbekommen könnte“ (Tagesschau, 17.05.09).

„Weshalb trauen die Menschen der Linken keine hinreichenden programmatischen Lösungen zu? Weshalb profitiert sie nicht von der gesellschaftlichen Entwicklung? Und ich glaube, das hat ganz viel damit zu tun, dass sie eben im Protest erstarrt ist und dass Menschen, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, lieber konkrete Antworten auf ihre Lebenssituation und ihre Lebenslage haben wollen, als ideologische Bekenntnisse und eine zugegebenermaßen abstrakte Kritik am Kapitalismus. Das ist jedenfalls nicht genug“ (Tagesschau, 17.05.09).

„Diese programmatische Ausrichtung auf scharfen Protest, auf eine große politische Distanz zur SPD, das Bemühen sich aus deren Wählerklientel zu bedienen und die systemkritische Anklage an den Kapitalismus - all das trägt eindeutig die politische Handschrift von Oskar Lafontaine“ (Berlin direkt, 15.5.09).

Auf die Frage, warum er jetzt aus Linkspartei ausgetreten sei, sagte Carl Wechselberg: *„Es war genug. Eine fundamentaloppositionelle, in Protest erstarrte, gesellschaftspolitisch in der Ecke befindliche Partei, die sich selbst zum Selbstzweck erklärt, ist nicht meine politische Plattform“* (FAZ, 29.5.09).

„Die Linke hat lange geglaubt, dass die Krise ihr nutzen und aus den Bundestagswahlen ein Selbstläufer würde. Nun muss sie feststellen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Die Krise ist ein Stresstest für die Programmatik, die Konzeptions- und Strategiefähigkeit aller Parteien. Offenkundig genügt den Menschen Kapitalismuskritik und verbalradikale

Anklage nicht, sondern sie wollen Konzepte, die im Zweifelsfall ihre Arbeitsplätze sichern“ (FAZ, 29.5.09).

„Was nutzt es aber, wenn eine Kraft in den Bundestag einzieht, die den Kapitalismus anklagt, selbst aber derartig bündnis- und handlungsunfähig ist, dass eine Mehrheit, deren Teil sie sein müsste, undenkbar wird? Das ist ein Grundwiderspruch der Linkspartei. Sie müsste ihr Programm und ihre Ausrichtung verändern. Doch sie erhöht im Gegenteil die Schärfe des Protests noch und spricht von Generalstreiks und sozialer Unruhe. Deswegen halte ich das Projekt für gescheitert“ (FAZ, 29.5.09).

André Brie

„Die Linkspartei hat kein realistisches Konzept, wie gesetzliche Mindestlöhne in solchen Bereichen finanziert werden könnten. Wir müssen diskutieren, ob der Staat bestimmte Differenzen ausgleichen sollte. Dagegen steht die Tarifautonomie, die nicht zerstört werden darf. Simple Parolen lösen das jedenfalls nicht“ (Die Welt, 12. Februar 2008).

Auf die Frage, welche Fehler die Linkspartei gemacht habe, antwortete Brie: „Die Linke hat ihren Pluralismus aufgegeben. Sie hat bewusst eine Frau ausgegrenzt, die in einer Frage – dem Europäischen Vertrag von Lissabon – eine andere Position bezogen hat, aber ansonsten die gesamte Programmatik der Partei mitgeprägt und vertreten hat“ (Berliner Zeitung, 15.5.09).

„Wir haben einen Verfall der politischen Kultur in unserer Partei und eine Verstärkung sektiererischer und anti-europäischer Tendenzen“. Auf dem Essener Parteitag habe nicht ein Mitglied der Führung den eigenen Wahlprogrammmentwurf gegen populistische Änderungen verteidigt“. Bei der Vorlage des Bundestagswahlprogramms hat Gregor Gysi sogar direkt gesagt, dass das Programm ohnehin keiner liest.“ Die fundamentalistischen und inhaltlich eher leeren Kräfte unserer Partei seien stärker geworden, bilanziert Brie (Mitteldeutsche Zeitung, 14.5.09).

„Stattdessen dominieren [in der Linkspartei] Verrats- und Verschwörungstheorien, hohle Links-Rechts-Klassifizierungen, grobschlächtige Freund-Feind-Raster“ (Spiegel, 8.7.09).

„Die innerparteiliche Verständigung zerfällt heute in zahllose Zirkel, die vorzugsweise mit sich selbst, nicht aber mit der Partei und schon gar nicht mit der Gesellschaft und den politischen Gegnern debattieren“ (Süddeutsche, 16.6.09)

Ronald Weckesser, MdL Sachsen

Weckesser nannte als Grund für seinen Austritt:

„Die Verschärfung des Wahlprogramms. Da habe ich gesagt, jetzt ist Schluss. Schon der erste Entwurf war nicht verantwortbar. Dass es dann noch mal zugespitzt wurde, noch mal in Richtung Populismus und jedem alles versprechen, das kann ich einfach nicht mehr tragen. (...) Es werden Dinge versprochen, die nicht einmal dann eingehalten werden könnten, wenn wir die Wahl gewännen. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Dinge nicht machbar. Das weiß jeder. Doch die Parteikonzeption lautet, das ist gar nicht wichtig, ob das realisierbar ist. Wichtig ist, dass wir die Forderung haben und andere in Zugzwang bringen. (...) Dieser Populismus setzt auf Neidkampagnen und niedrigste Instinkte, in der Hoffnung, irgendetwas gesellschaftlich bewegen zu können“ (Tagesspiegel, 2.6.09).

„Man setzt darauf, dass diese Parteien von sich aus bereit sind, sich dem Führungsanspruch der Linken zu unterwerfen. Das gleiche spielt sich auf Bundesbene ab. Man spricht von einer strategischen Mehrheit links von der CDU, ohne zu berücksichtigen, ob die je-

weiligen ‚Partner‘ überhaupt bereit sind, mitzumachen. Das kenne ich aus der alten DDR. Es gab die Nationale Front, aber die SED hatte immer recht, blieb die führende Partei und die anderen durften mitmachen. Jetzt ist die Linke zwar nicht die führende Partei, aber sie hat den Anspruch es zu sein“ (Tagesspiegel, 2.6.09).

In Bezug auf die West-Sektierer: *„Weil es denen nicht darum geht, konkret etwas umzusetzen, kooperationsfähig zu sein, pragmatische Politik auch in Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu machen. Vielen geht es sogar nur um Versorgungsposten, Mandate und Mitarbeiterstellen in Parlamenten. Das Schlimme ist: Ihr Verbalradikalismus wirkt auch attraktiv auf Jüngere hier bei uns im Osten, die die DDR nicht mehr erlebt haben. Die meinen jetzt auch, wir sollten alles wieder über Bord werfen, was vor und nach 1989 an Lernprozessen erreicht wurde. Wir haben die DDR scheitern sehen und wir müssen uns fragen, warum dies geschah, statt einfach nur zu versuchen, das Rad zurückzudrehen“ (Westdeutsche Allgemeine, 13.6.09).*

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau

Sie kritisierte, Bürger würden die Linkspartei derzeit als *„zerstrittenen Haufen“* wahrnehmen, *„auf dem zahlreiche Hähnchen und Hühnchen weltfremde Flügelkämpfe austragen“*. Die Verhältnisse werde die Linke nicht zum Tanzen bringen, indem man mit der Weltrevolution drohe, *„sondern nur mit neuen gesellschaftlichen Mehrheiten“*. Wenn die Linke nicht alle Schichten anspreche, verkomme sie zur Sekte. *„Pseudo-Radikalität im Auftreten ist offenbar die falsche Antwort“ (Tagesspiegel, 14.6.09).*